

Kurdische Migranten in Deutschland

*Problemfelder
Hintergründe
Perspektiven
und die Rolle der
Nichtregierungsorganisationen*

Dokumentation der Tagung
am 9.12.1998 in Bonn

**NAVEND - Kurdisches Informations-
und Dokumentationszentrum (Hrsg.)**

NAVEND-Dokumentationsreihe - Band 4

1. Auflage, 1998

Impressum

Herausgeber:

1. Auflage 1998

NAVEND - Kurdisches Informations- und Dokumentationszentrum e.V.
Bornheimer Straße 20-22, D-53111 Bonn

Redaktion: Klaus-Peter Kücherer

Druck: as-druck, Bonn

Bezug: über den Herausgeber oder den Buchhandel

© **NAVEND - Kurdisches Informations-
und Dokumentationszentrum e.V.**

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 3-933279-07-0

*Diese Publikation wurde gefördert durch das Ministerium für Arbeit, Soziales
und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen*

Inhalt

Vorwort	5
<i>Ilse Brusis</i>	
Grußwort der Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen	7
<i>Dorothee Paß-Weingartz</i>	
Begrüßung im Namen der Bundesstadt Bonn.....	9
<i>Metin Incesu</i>	
Begrüßung im Namen von NAVEND - Kurdisches Informations- und Dokumentationszentrum e.V.....	11
<i>Birgit Ammann</i>	
Kurdische Geschichte und Gesellschaft.....	15
<i>Birgit Ammann</i>	
Kurdische MigrantInnen in Deutschland	23
<i>Fettah Timar</i>	
Die Wahrnehmung der kurdischen MigrantInnen in Deutschland - durch die Brille der türkischen Politik?.....	33
<i>Bayram Ayaz</i>	
Rolle und Verantwortung der NGO - aus kurdischer Sicht	47
<i>Rudolf Boll</i>	
Rolle und Verantwortung der NGO - aus Sicht des PARITÄTISCHEN - Landesverband Nordrhein-Westfalen.....	49
<i>Thomas Schade</i>	
Rolle und Verantwortung der NGO - aus Sicht des Deutschen Roten Kreuzes - Generalsekretariat	51
<i>Michael Sewenich</i>	
Rolle und Verantwortung der NGO - aus Sicht der Arbeiterwohlfahrt - Bezirksverband Mittelrhein	53
<i>Kai Diekelmann</i>	
Rolle und Verantwortung der NGO - aus Sicht des Caritasverbandes für das Erzbistum Köln	55
<i>Wolfgang Eigemann</i>	
Rolle und Verantwortung der NGO - aus Sicht des Diakonischen Werkes Duisburg	59
Anhang:	
Liste der Referentinnen und Referenten	61
Woche im Bundestag: Migrationsarbeit wird breit gefördert	63
Tabelle: Schätzungen der Bevölkerungszahlen	64
Tabelle: Übersicht über kurdische Dialekte	66

Vorwort

Nichtstaatliche Organisationen, wie z.B. Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, kirchliche Einrichtungen etc., verfügen über lange Erfahrungen und eine ausgeprägte Infrastruktur in der Arbeit mit MigrantInnen in Deutschland. Sie haben bereits zu einem Zeitpunkt "Ausländerhilfe" geleistet, als die staatlichen Institutionen deren Notwendigkeit noch gar nicht erkannt hatten. In vielfacher Hinsicht ist ihre Arbeit jedoch mittlerweile aufgrund veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und eines "Problemstaus" in der Migrations- und Integrationspolitik vor neue Herausforderungen gestellt.

Die verschiedenen Phasen der Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland haben sich bewegt zwischen Öffnung und Abwehr. In der Anwerbe-phase wurde die Ausländerbeschäftigung noch als Übergangserscheinung angesehen, die Möglichkeit von sozialen Folgeproblemen nicht thematisiert. Erst Mitte der 70er Jahre begann die Diskussion um die soziale Integration der hier lebenden MigrantInnen. Dimension und Konsequenzen dieser Debatte blieben jedoch bis heute hinter der tatsächlichen Entwicklung zurück.

Obwohl für die meisten MigrantInnen die Bundesrepublik zum realen Lebensmittelpunkt geworden ist, läßt insbesondere ihr Aufenthaltsstatus und die Möglichkeit der Teilnahme an der politischen Willensbildung zu wünschen übrig. Integrationsdefizite machen sich ferner z.B. fest am wachsenden Einkommensabstand zwischen ausländischen und deutschen Arbeitnehmern, am Anstieg der Arbeitslosigkeit unter den MigrantInnen und der hohen Abbruchquote in der beruflichen Bildung. Zielgruppen und Arbeitsschwerpunkte der Ausländersozialberatung haben sich geändert, auch sind die Probleme komplexer geworden.

Hilfs- und Beratungsangebote der Wohlfahrtsverbände hatten sich zunächst grundsätzlich orientiert an den Mehrheitsgesellschaften der Herkunftsstaaten - ohne Berücksichtigung der Volkszugehörigkeit und Muttersprache. Dabei wurde nicht berücksichtigt, daß es in den Herkunftsländern Minderheitenkulturen gibt, die unterdrückt und diskriminiert werden. Die Ideologie der angeblich homogenen und monokulturellen Nationalstaaten hält der Wirklichkeit nicht stand. Der Herkunftssprache als Zugangsinstrument zum Erreichen der jeweiligen Zielgruppe kommt eine besondere Bedeutung zu. Eine Nichtberücksichtigung der kulturspezifischen Eigenschaften wird zudem von kurdischen MigrantInnen als Nicht-Akzeptanz und Ausgrenzung wahrgenommen und führt zu Mißtrauen gegenüber den Einrichtungen, insbesondere vor dem Hintergrund, daß z. B. in der Türkei eine staatliche Verfolgungs- und Vertreibungspolitik gegenüber dem kurdischen Be-

völkerungsteil stattfindet. Um einem "Konfliktimport" entgegenzuwirken, sollte daher der Eindruck vermieden werden, daß auch in Deutschland eine Benachteiligung der kurdischen Minderheit stattfindet.

Grundlegende Aufgabe von Integrationspolitik ist es, das friedliche Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Kulturen, Religionen, Traditionen und Lebensgewohnheiten möglich zu machen. Dies setzt eine Sensibilisierung im Hinblick auf das Erkennen von möglichen Spannungsfeldern und Integrationshindernissen voraus.

NAVEND - Kurdisches Informations- und Dokumentationszentrum e.V. führte am 9.12. 1998 in Bonn eine Tagung unter dem Titel „Kurdische Migranten in Deutschland - Problemfelder, Hintergründe, Perspektiven, und die Rolle der Nichtregierungsorganisationen“ durch. Diese Veranstaltung und ihre Dokumentation sind Bestandteil des vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Arbeit, Soziales, Stadtentwicklung, Kultur und Sport geförderten Modellprojektes „Zielgruppenspezifische Sensibilisierung und Informationsvermittlung zur kurdischen Problematik“. Die Tagung bot durch eine allgemeine Einführung in die kurdische Problematik, der Vermittlung von Hintergrundinformationen zur Lebenssituation der kurdischen MigrantInnen in Deutschland, der Beschreibung von Konfliktfeldern zwischen kurdischen und türkischen MigrantInnen sowie der Erörterung der Betreuungs- und Sozialarbeit die Möglichkeit zu gemeinsamer Reflexion und Erarbeitung neuer Handlungsansätze.

Bonn, Dezember 1998

Ilse Brusis

Grußwort der Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen

Zur Veranstaltung „Kurdische Migranten in Deutschland - Problemfelder, Hintergründe, Perspektiven und die Rolle der Nichtregierungsorganisationen“ möchte ich Ihnen meine besten Grüße übermitteln.

Rund 200.000 Migranten und Migrantinnen kurdischer Herkunft leben in Nordrhein-Westfalen. 54 Selbstorganisationen von Bürgern und Bürgerinnen kurdischer Herkunft stehen dieser Bevölkerungsgruppe als Ansprechpartner in unterschiedlichsten Fragen zur Verfügung. Hierbei handelt es sich überwiegend um Zusammenschlüsse von Kurden und Kurdinnen aus der Türkei. Ihre Leistungen reichen von speziellen Angeboten für Frauen und Jugendliche, über Angebote in den Bereichen Sport und Kultur, Beratung bei alltäglichen Problemlagen bis hin zu Medienangeboten und politischer Interessenvertretung. Sie haben aufgrund des Wegfalls von Sprachbarrieren oft eine wichtige Brückenfunktion zu Hilfsangeboten der Wohlfahrtsverbände und Regeldienste.

Das Informations- und Dokumentationszentrum NAVEND hat sich zum Ziel gesetzt, die Öffentlichkeit über die besonderen Lebens- und Problemlagen und die kulturellen Hintergründe von Kurden und Kurdinnen zu informieren. Dies geschieht durch Gespräche mit Vertretern aller gesellschaftlichen Gruppen. Es wird deutlich, daß sich Migrantenselbstorganisationen und ihre Arbeitsinhalte im Laufe der Jahre - über die reine Kulturpflege hinaus - sehr stark ausdifferenziert haben. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer und abnehmender Rückkehrabsicht der Zuwanderer haben sich herkunftsbezogene und eher heimatorientierte lockere Zusammenschlüsse von Migrantinnen und Migranten weiterentwickelt. Als Vereine mit Vereinssatzung und klarer Struktur beziehen sich ihre Aktivitäten - neben der Kultur- und Identitätspflege - überwiegend auf das Leben und die Problemlagen in der Bundesrepublik

Deutschland. Zunehmend schließen sich diese Vereine zu Dachorganisationen zusammen oder werden Mitglied in einem Wohlfahrtsverband.

Die Dienstleistungen und Hilfsangebote für Zuwanderer werden von den Wohlfahrtsverbänden, den allgemeinen Regeldiensten und den Selbstorganisationen in unterschiedlicher Weise erbracht. Wichtig dabei ist, daß sie sich ergänzen sollten. Ich lade sie deshalb ein, in Gesprächen die Gemeinsamkeiten, aber auch die unterschiedlichen Positionen zu diskutieren, um dadurch eigene Arbeitsansätze weiterzuentwickeln.

Selbstorganisationen schärfen unseren Blick auf die besonderen Problemlagen der Gruppen, für die sie eintreten. Dies hat gerade dann eine besondere Bedeutung, wenn es sich, wie im Falle der Zuwanderer, um heterogene Gruppen handelt, die eine ihnen eigene unverwechselbare Geschichte, einen eigenen sprachlichen, religiösen, nationalen und kulturellen Hintergrund haben.

Dies ist der entscheidende Grund für die Diversität und damit Reichhaltigkeit der Unterstützungsangebote, die Selbstorganisationen ihren Mitgliedern und anderen Ratsuchenden bieten. Die hieraus erwachsenden Stärken, aber auch Problemlagen gilt es zu erkennen, zu stützen bzw. zu bearbeiten.

Wer anders als die aus der eigenen Gruppe erwachsenen, anfänglich auf Selbsthilfe angelegten und sich später teilweise zu Interessenvertretungen entwickelten Selbstorganisationen könnte dieser Vielfalt Rechnung tragen.

Die oft zitierte gelungene Integration der Bürgerinnen und Bürger spanischer Herkunft beispielsweise führen wir nicht zuletzt auf die nunmehr seit Jahrzehnten aktiven spanischen Selbstorganisationen zurück.

Zunehmend konstituieren sich multikulturell zusammengesetzte und orientierte Vereine. Insbesondere die dritte Generation der Migrantinnen und Migranten strebt mit dem Ziel der gegenseitigen Annäherung und im Bewußtsein, Einwanderer und Bürger zu sein, gesamtgesellschaftliche (kulturelle, politische und wirtschaftliche etc.) Erneuerungsprozesse an.

Selbstorganisationen fungieren mehr und mehr als Sprachrohr für ihre Mitglieder, als Bindeglied und Brücke zu sozialen Einrichtungen, Institutionen und Behörden.

Selbstorganisationen von Migranten haben erhebliche Integrationsleistungen vollbracht. Ihre Arbeit wird deshalb von der Landesregierung und vielen gesellschaftlichen Institutionen geschätzt und anerkannt.

Ich hoffe und wünsche, daß diese Tagung dazu beitragen wird, uns ein Stück auf dem Weg zu einer gleichberechtigten Teilhabe von Migrantinnen und Migranten voranzubringen.